

Rat verabschiedet Fahrradkonzept

Manche hatten mehr erwartet, anderen gehen Restriktionen für Autofahrer zu weit / Scharfe Kritik von Verbänden

Von Kai Koppe

Cuxhaven. Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung hat die örtliche Politik für ein von einem Gutachterbüro ausgearbeitetes Papier gestimmt. Das Konzept soll den innerstädtischen Fahrradverkehr auf neue Füße stellen.

Aufbruchstimmung fühlt sich anders an, und tatsächlich gab es in der Sitzung vom vergangenen Donnerstag auch Kritik am lange erwarteten „Radverkehrskonzept für die Stadt Cuxhaven“. Unstrittig ist jedoch, dass das Fahrradfahren als Fortbewegungsmittel im Rahmen des Individualverkehrs einen anderen, nämlich deutlich höheren Stellenwert als bisher erhalten soll. „In die Umsetzung“ müsse man nun kommen, mahnte Gruppenvorsitzender Thiemo Röhler (CDU/Die Demokraten) und erinnerte dabei an den betriebenen Aufwand, den das Ergebnis (nämlich das fertige Gutachten) nach seinem Dafürhalten nicht widerzuspiegeln vermag.

Auf Ortsratsebene hatte es zuvor ähnliche Reaktionen gegeben: Mitglieder vermissten Aussagen zur Lösung bestimmter Verkehrssituationen, weswegen die Stadtverwaltung mehrfach darauf hinwies, dass das Konzept keineswegs in Stein gemeißelt und daher durchaus ergänzungsfähig sei. Mehr erwartet hätten sich offenbar auch Teile der Mehrheitskooperation: „Für dieses Resultat ist tatsächlich ziemlich viel Geld ausgegeben worden“, pflichtete Peter Altenburg („Die Cuxhavener“) seinem Vorredner bei, widersprach CDU und Demokraten auf der Inhaltsebene: „Von Zurückdrängen habe ich da nichts gelesen“, sagte Altenburg in Richtung Rats-Opposition, als es in der Diskussion um den künftigen Umgang mit dem motorisierten Einzelverkehr ging. Röhler hatte von einer „Rückstellung“ des Autoverkehrs gesprochen, die nicht im Interesse seiner Gruppe liege, gleichwohl aber angekündigt, dass man dem Radverkehrskonzept zustimmen werde - auch, wenn nicht alle darin enthaltenen Beschlüsse in den eigenen Reihen auf Zustimmung stießen.

Verbände warnen vor Einschränkungen

Abgelehnt wird das Papier dagegen von den führenden Wirtschaftsverbänden im Stadtgebiet: Dehoga-Stadtverband, Kreishandwerkerschaft, Mittelstandsvereinigung, Unternehmensverband und Verkehrsverein Duhnen kritisieren das Gutachten in einer gemeinsamen Stellungnahme als „Interessenpapier für Radfahrer“, das sich an einer politischen Zielsetzung der „regierenden Ratsfraktionen“ (SPD, Grüne und „Die Cuxhavener“) orientiere und weder sauber gemacht sei noch neutral und repräsentativ ausfalle. „Wenn der Rat der Stadt die Empfehlungen aus diesem Interessenpapier umsetzt, wird es für die überwiegende Zahl der Bürgerinnen und Bürger von Cuxhaven zu gravierenden Einschränkungen und Umstellungen kommen“, heißt es in der Erklärung, in welcher die Unterzeichner unter anderem vor weiten Wegen für den Auto- und Lieferverkehr, vor Parkplatznot, Einbahn-Regelungen und vor Staus auf den für Autofahrer verbleibenden Verkehrsflächen warnen. „Arztpraxen kann man nicht mehr mit seinem Auto anfahren, auch wenn dieses voll elektrisch wäre“: So ein weiterer Kritikpunkt der Verbände an jenem Konzept.

Grüne: „Platz im Verkehr nur einmal zu vergeben“

In der Ratssitzung hatte Thorsten Larschow (Bündnis 90/Die Grünen) deutlich gemacht, dass ohne eine gewisse Priorisierung keine Stärkung des Fahrradverkehrs zu erreichen sei. „Der Platz im Verkehr kann schließlich nur einmal vergeben werden, wir müssen deshalb schon entscheiden, was wir wollen“, argumentierte Larschow. Ratsherr Anton Werner Grunert (parteilos) warnte daraufhin davor, Rad- und Autofahrer gegeneinander auszuspielen. Oberbürgermeister Uwe Santjer erkannte in der Debatte so etwas wie einen falschen Zungenschlag. „Wir müssen von der Idee wegkommen, Verkehrsteilnehmer in Konkurrenz zueinander zu sehen“, appellierte der OB.